

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Ellwangen
Berthold Weiß
Haller Str. 70
73479 Ellwangen
0176.30464959
Berthold.Weiss@gmx.de



Ellwangen, 06. Dezember 2018

- Es gilt das gesprochene Wort -

Haushalt 2019 der Stadt Ellwangen

Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen

Verantwortung übernehmen – Haltung zeigen!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hilsenbek,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir beraten heute den ersten Haushalt, den unser neuer Kämmerer Joachim Koch eingebracht hat. Lieber Herr Koch: Sie bezeichnen in Ihrer Haushaltsrede die Haushaltslage der Stadt Ellwangen als „solide und robust“ – und verwenden damit genau die gleichen Worte wie Oberbürgermeister Hilsenbek. Wir hoffen bzw. gehen selbstverständlich davon aus, dass Ihre Einschätzung einer eigenen Analyse folgt und nicht einer vielleicht politisch motivierten und damit eher zu optimistischen Einschätzung des Oberbürgermeisters. Die nächsten Jahre, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden es zeigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen deutlichen Unterschied haben wir in der Haushaltsrede von Herrn Oberbürgermeister und unserem Kämmerer aber doch noch entdeckt: Spricht Stadtkämmerer Koch davon, dass „Vorsicht geboten“ sei, haben wir in der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters davon nichts mehr gehört. Alles scheint also in Ordnung zu sein, die Finanzen sind solide, alles bewegt sich im grünen Bereich. Aber ist das tatsächlich so?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir uns mal die Eckdaten unseres Haushaltes an: Unser Ergebnishaushalt hat ein Volumen von fast 68 Mio € und liegt damit um 13 % über dem des Vorjahres. Das finanzieren wir teilweise mit eigenen Einnahmen wie der

Gewerbe- oder der Grundsteuer, zusammen planen wir für 2019 mit ca. 22,7 Mio €. Ca. 29 Mio sind es, die uns das Land überweist – in Form von Schlüsselzuweisungen (11,4 Mio) sowie dem Gemeindeanteil an Umsatz- und Einkommenssteuer (17,6 Mio). Noch im letzten Jahr lagen die Planungen für die eigenen Steuern bei 19 Mio €, für die Überweisungen des Landes bei 26,7 Mio €. Folgerichtig rechnen wir also damit, dass die Steuereinnahmen im gleichen Umfang steigen als unsere Ausgaben – um ca. 13 %. Es kann natürlich sein, dass dies zutrifft. Im auslaufenden Haushaltsjahr konnten wir dank der guten Konjunktur sogar ein deutlich besseres Ergebnis als geplant erzielen. Genau so gut ist es allerdings möglich, dass die Entwicklung nicht so weitergehen wird. Deshalb halten wir von Bündnis 90/DIE GRÜNEN es auch in diesem Punkt mit unserem Kämmerer: „Es ist Vorsicht geboten“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb wollen wir genau an diesem Punkt ein Thema ansprechen, welches den zweiten Teil unserer heutigen Sitzung dominieren wird: Den Weiterbetrieb der Landeserstaufnahmeeinrichtung für geflüchtete Menschen in unserer ehemaligen Reinhardt-Kaserne. Wer in den letzten Wochen mehr oder weniger aufmerksam die Zeitungen gelesen hat, konnte sehr deutlich erfahren, dass Landrat Pavel bei der Einbringung des Kreishaushaltes einen besonderen Schwerpunkt auf dieses Thema gelegt hat und sich ohne Wenn und Aber für einen Weiterbetrieb der LEA ausgesprochen hat. Herr Oberbürgermeister: Sie haben das bei Ihrer Haushaltsrede nicht getan. Sie sprachen die LEA nur im Zusammenhang mit der Konversion an. Das ist aus unserer Sicht gerade im Hinblick auf den Haushaltsplan 2019 und alle noch kommenden Haushalte eine eklatante Schwäche Ihrer Rede und auch inhaltlich ein großer Fehler. Weil wir als Stadt mit einer Entscheidung für oder gegen den Weiterbetrieb dieser Einrichtung des Landes auch eine Entscheidung treffen, die weitreichende finanzielle Auswirkungen haben wird. Wir alle wissen, dass die Bewohner der LEA zu den Einwohnern der Stadt gezählt werden. Nicht nur über den Daumen gepeilt macht dies ca. 500 T bis 800 T € an zusätzlichen Landesmitteln aus, denen keine nennenswerten kommunalen Ausgaben gegenüberstehen. Auch haben wir von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, immer wieder erfahren, dass wir bei Anträgen auf Zuwendungen aus den unterschiedlichen Fördertöpfen des Landes immer sehr schnell und sehr großzügig bedient wurden. Und dass dabei ein Zusammenhang zu den besonderen Belastungen bestünde, die wir als Stadt durch den Betrieb der LEA schultern. Was im Umkehrschluss heißt, dass unsere aktuell – Achtung, Zitat Oberbürgermeister und Stadtkämmerer – „solide und robuste“ Haushaltslage auch diesem Umstand geschuldet ist. Und was in einer Exploration in die künftigen Haushaltsjahre bedeutet: Ohne eine LEA wird uns nicht nur zumindest in den ersten Jahren danach diese jährliche Finanzierungsmasse fehlen. Es steht vielmehr zu befürchten, dass die sehr ambitionierten Projekte, die auf unserer Agenda stehen – und das sind eben in naher Zukunft wichtige Infrastrukturprojekte wie der Breitbandausbau, die EATA oder die Kinderbetreuung – mit einem deutlich höheren Eigenanteil zu finanzieren sein werden als bisher. Es stehen aber auch die Investitionen im Rahmen der Landesgartenschau vor der Haustür, die einigen von uns (und vielleicht ja auch Ihnen,

Herr Oberbürgermeister) manchmal und insgeheim ein leichtes Ziehen in der Bauchgegend verursachen. Und was von Ihnen auch nicht angesprochen wurde: Dass natürlich nach einem Betriebsende der LEA im Rahmen der Anschlussunterbringung zusätzliche Aufgaben und damit zusätzliche Kosten auf die Stadt zukommen würden, die durch keinerlei Gegeneinnahmen gedeckt werden. Unsere Fraktion hätte sich von Ihnen gerade bei Ihrer Haushaltsrede eine klare Positionierung gewünscht – mit klaren Aussagen zu den Auswirkungen auf den Haushalt. Schade, dass Sie diese Gelegenheit ungenutzt verstreichen ließen.

Und lassen Sie uns noch zu weiteren Auswirkungen auf den Haushalt kommen, die definitiv zu entscheiden sein werden: Nur ein Weiterbetrieb der LEA für die aktuell vom Land angestrebten 5 weiteren Jahre machen zusätzliche Investitionen in diesem Bereich des Konversionsgeländes überflüssig. Und diese sollten wir nach unserer Einschätzung zwingend verhindern: So ist unser Planungsamt mit der Planung der Landesgartenschau in den nächsten Jahren unserer Einschätzung nach mehr als ausgelastet. Weiter weisen Sie selbst, Herr Oberbürgermeister, darauf hin, dass es zum Teil sehr schwierig sei, „zu einem angemessenen Preis öffentliche Aufträge zu vergeben“. Warum, so fragen wir uns, sollen wir uns ohne Not diese Aufgabe ans Bein binden, mit der wir uns finanziell massiv überfordern – sofern uns das Gelände von der BIMA überhaupt zur Verfügung gestellt wird?

Investitionen

Lassen Sie uns zu den geplanten Investitionen kommen.

Kunstrasen

Im vergangenen Jahr hatten wir noch „Bauchschmerzen“ angemeldet angesichts der hohen Kosten, welche dieses Projekt verursacht. Nunmehr liegen uns konkrete Pläne vor, bei welchen sich uns die Haare sträuben. Werden nun die Kosten nochmals deutlich höher angesetzt, stehen dem nicht nur keine höheren Einnahmen entgegen – so haben wir z.B. keine belastbaren Zusagen der beteiligten Vereine für einen höheren Zuschuss, auch wenn der Haushaltsplan wie selbstverständlich davon ausgeht – wir sehen vielmehr einen Landschaftsverbrauch und aus unserer Sicht völlig unnötige zusätzliche Parkieranlagen, die wir bei allem Wohlwollen und Verständnis für die Anliegen der Vereine nicht mittragen werden. Zudem: Können wir diese enorme Investition überwiegend mit städtischen Mitteln mit dem schulischen Bedarf begründen? Wir haben hier erhebliche Zweifel und fragen uns, wie wir das gegenüber den Vereinen in den Ortschaften rechtfertigen wollen, die solche Investitionen in aller Regel mit Eigenleistungen und ohne städtische Zuschüsse stemmen müssen. Wir stellen den **Antrag**, dieses Projekt deutlich abzuspecken und neu zu planen, um eine Kostenreduzierung sowie eine weitere Versiegelung der Landschaft zu vermeiden.

Kinderbetreuung

Den vorgesehenen Maßnahmen können wir zustimmen. Allerdings fragen wir uns, ob die Anstrengungen ausreichend sind oder ob unser Engagement nicht noch deutlich stärker ausfallen müsste. Auch stellt sich uns die Frage, ob wir unsere großen Firmen – beispielhaft ist die Fa. Betzold hier bereits vorangegangen – nicht motivieren können, sich zumindest im investiven Bereich in der Kinderbetreuung zu engagieren. Schon vor Jahren haben wir davon gesprochen, dass eine gute Kinderbetreuung ein weicher Standortvorteil sein kann. Heute wissen wir: Ohne eine Kinderbetreuung, welche die Aspekte von Ganztagsbetreuung und Krippenplätzen berücksichtigt, ist der „Battle for Talents“ gerade bei unserer extrem geringen Arbeitslosenquote ganz sicher nicht zu gewinnen. Seien wir mutig und investieren in die Zukunft – investieren wir in Kinder!

Wohnen

Bleiben wir beim Thema Familie. In den vergangenen Wochen wurden die Verkaufsbedingungen für einige der neuen Baugebiete festgelegt. Deutlich wurde dabei der große Wille der Verwaltung und des Gremiums, den sozialen Wohnungsbau dezentral zu fördern – in der Kernstadt ebenso wie in den Ortschaften. Allen ist bewusst, dass dies zwingend notwendig ist, um vor allem jungen Familien, aber auch Menschen, die nicht zu den Besserverdienenden gehören, anständigen und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Was wir nicht wissen, ist der finanzielle Bedarf, den wir dafür benötigen werden. Wir stellen deshalb den **Antrag**, dass uns die Stadtverwaltung im ersten Quartal ein Konzept zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus vorlegt, in welchem auch die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft geprüft wurde. Wir sind der Auffassung, dass wir hier keine Zeit mehr verstreichen lassen dürfen.

Landesgartenschau

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Zuschlag für die Landesgartenschau haben wir erhalten. Nun geht es darum, einen möglichst hohen Mehrwert für unsere Stadt zu generieren. Wir denken an die vielen Infrastrukturvorhaben, die wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten angedacht aber nicht verwirklichen konnten. Ob dies barrierefreie Zugänge zu den Gleisanlagen am Bahnhof sind, eine anständige Anbindung der Innenstadt an den Schießwasen oder auch die immer wieder von Ihnen oder anderen Fraktionen vorgebrachte Idee einer neuen Stadthalle ist: Wir sehen in der Landesgartenschau die Chance, neben einer massiven Aufwertung der Jagst nach dem Motto "Ellwangen an die Jagst" gerade diese Projekte umzusetzen. Das wird aber nur gelingen, wenn wir uns das Wohlwollen und damit auch die großzügige Unterstützung durch das Land erhalten, die wir in den letzten Jahren erfahren haben. Und auch hier müssen wir nochmals auf die LEA verweisen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, war es nicht unser Gremium, welches den Zusammenhang zwischen LEA und Landesgartenschau erst hergestellt hat? Haben nicht wir eine Entscheidung über den Weiterbetrieb der LEA für die Zeit nach der Entscheidung des Landes über die Vergabe der LGS hinausgezögert, wohl wissend oder darauf bauend, dass uns das Land den berühmten „Stein in den Gar-

ten“ werfen wird? Wir meinen ja. Und wir meinen auch, dass wir das Vertrauen des Landes jetzt nicht enttäuschen dürfen.

Verkehr

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten das im Vorjahr schon angesprochen: Mit 80T€ für Radwege können wir keine Verkehrswende einleiten. Dass diese dringend notwendig ist, erfahren unsere Automobilisten täglich beim Befahren der B290. Deshalb unterstützen wir die Idee, zur Umsetzung des Radwegekonzeptes jährlich 250T€ zu investieren. Das darf aber nicht alles sein. Wir müssen besser werden bei der Lenkung des Verkehrs. Machen wir also Ernst mit der Umsetzung des Lärmaktionsplanes. Wir erneuern unseren **Antrag** auf umgehende Installierung von stationären Geschwindigkeitskontrollen entlang der B290 und der Einführung eines Tempolimits auf 40km/h. Die Verwaltung wird **beauftragt**, baldmöglichst weitere Maßnahmen zur Reduzierung des Verkehrs oder des Verkehrslärms vorschlagen und hierzu ein Konzept vorzulegen.

Personalkosten

Mit Sorge betrachten wir die Entwicklung der Personalkosten. Zum Teil ist diese der Tarifierhöhung geschuldet, zum Teil aber auch einer deutlichen Ausweitung der Stellen. Diese Kosten werden wir bei sinkenden Einnahmen nicht signifikant reduzieren können. Und diese Steigerung haben wir trotz einer fortschreitenden Auslagerung der Personalkosten, wie z.B. bei der Gebäudereinigung. Das Ende der Fahnenstange ist trotzdem nicht erreicht: Die zusätzlichen Aufgaben, die im sozialen Bereich auf uns zukommen – sei es die Moderation des Jugendrats oder auch die Unterstützung des Ehrenamtes – werden weitere Personalstellen fordern, die wir auch unterstützen.

„Grün in die Stadt“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter diesem Motto hatten wir im vergangenen Jahr die Verwaltung beauftragt, ein Konzept auszuarbeiten, welches eine Arrondierung des Gewerbegebiets und damit die Grenzen des Wachstums beschreibt. Das Ergebnis, das uns im Rahmen eines Klausurtages präsentiert wurde, hat uns fast die Sprache verschlagen: Nahezu eine Verdoppelung der jetzigen Gewerbeflächen soll in den nächsten Jahren dazu kommen. Dies hat mit der Realität nichts mehr zu tun. Alle Welt redet von Flächenversiegelung, betrachtet mit Sorge die Folgen des Klimawandels, die nicht nur unsere Landwirte zu spüren bekommen, und wir meinen, wir können so weiter machen wie bisher? Sie werden mit entschiedenem Widerstand der GRÜNEN Fraktion rechnen müssen. Was die Verwaltung in diesem Sektor liefert, hat nichts mit Nachhaltigkeit und Ökologie zu tun. Wir werden unsere Zustimmung zu solch überzogenen Projekten nicht geben. Verschlimmern sie doch nicht nur die massive Überlastung der Natur, sondern haben rein gar nichts mehr zu tun mit einer planvollen Weiterentwicklung, die unsere Lebensgrundlagen auch nur im Ansatz berücksichtigt.

Tafelladen

Was uns noch aufgefallen ist: Die Unterstützung, die wir in den vergangenen Jahren dem Tafelladen zukommen ließen, haben wir im aktuellen Haushaltsplan nicht mehr gefunden. Wir stellen den **Antrag**, hierfür einen Betrag von 3.500 € einzustellen.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.